MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1919

134 (21.3.1919) Abend-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-184488

Freitag, 21. März. Abend-Ausgabe. 1919. — Nr. 134.

Mannheimer General-Anzeiger

Hauptschriftleitung: Dr. Fritz Goldenbaum. Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Goldenbaum, für Feuilleton: Hans Galgen, für Lokales und den übrigen redaktionellen Teil: Richard Schönfelder, für Handel: Franz Kircher, für Anzeigen: Anton Geisler. Druck und Verlag: Druckerei Dr. Haas Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H. Amtlich in Mannheim. Drahtanschrift: General-Anzeiger Mannheim. Postscheck-Konto Nr. 17590 Karlsruhe in Baden. — Fernsprecher Amt Mannheim Nr. 7040 – 7044.

Badische Neueste Nachrichten
Amtliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreise: Die 1spalt. Kolonelzeile für den hiesigen Bezirk 40 Pf., für auswärts 50 Pf., Finanz-Anzeigen 60 Pf., Reklamen M. 3.50. Ausnahmeschluß: Mittagblatt vormittags 8½ Uhr, Abendblatt nachmittags 3½ Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Bezugspreis in Mannheim und Umgebung monatlich M. 3.— mit Bringerlohn. Postbezug: Vierteljährlich M. 3.42 einschl. Zustellungsgebühr. Bei der Post abgeholt M. 3.75. Einzel-Nr. 10 Pfg.

Der Friede mit Rußland.

Ein Beitrag zur Schuldfrage.

Es ist hier oft davon gesprochen worden, daß vor Ausbruch der russischen Revolution die Möglichkeit, mit Rußland zum Frieden zu kommen, gegeben gewesen sei. Diese Bestrebungen gehen bis zum August 1916 zurück. Damals erschien das Buch des liberalen Politikers Suchanow: Warum führen wir Krieg? Er wies nach, daß der Versuch eines Friedensschlusses unabhängig von den Verbündeten die einzige reale Forderung einer unabhängigen russischen Politik: es war niemals unser Interesse, gegen Deutschland Krieg zu führen, wir sind das Opfer englischer Ruhmsucht geworden. Im gleichen Moment, hieß es, habe der Vizepräsident der Duma, Protopopow, in Stockholm mit deutschen diplomatischen Kreisen Fühlung gesucht, um die Möglichkeit eines Sonderfriedens zu besprechen. Im Oktober desselben Jahres tauchen wiederum Nachrichten auf über Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland, die schon ziemlich weit fortgeschritten seien. Das Auswärtige Amt dementierte die Gerüchte, auch die russische Gesandtschaft in Bern erklärte die Meldungen für vollständig falsch. Um die gleiche Zeit suchte der englische Botschafter in Petersburg, Buchanan, eine englisch-russische Vereinigung ins Leben zu rufen. Die Vereinigung sollte ausgesprochenermaßen denjenigen Kreisen entgegenarbeiten, die Rußlands Zukunft in der Fortsetzung guter wirtschaftlicher Beziehungen zu Deutschland sehen. Es war damals und auch später keine genauere Kenntnis des diplomatischen Spieles hinter den Kulissen zu erlangen. Eine heftige Pressefehde aber entspann sich, die große Frage wurde leidenschaftlich erörtert, sollen wir mit Rußland, sollen wir mit England Verständigung suchen. Die Parteien und Organe, die Bethmann-Hollweg stützten, waren gegen die Verständigung mit Rußland. Mit dem zaristischen Rußland, das die Liberalen und Demokraten verfolgte, das die scheußlichen Pogrome duldete, durfte keine Verständigung gesucht werden, das hieß die Reaktion in Deutschland und Europa festigen. Rußland ist der Feind, er muß vernichtet werden. Das russische Reich muß aufgelöst werden. Am 5. November befreit Bethmann-Hollweg Polen. Rohrbach und seine Freunde, die Freisinnigen, die Sozialdemokraten, die Frankfurter Zeitung, das Berliner Tageblatt jubeln ihrem Herrn und Meister zu. Die Gerüchte von einem deutsch-russischen Sonderfrieden wurden ins Reich der politischen Ammenmärchen verwiesen, Legenden, die nicht wert waren, besprochen zu werden. Endlich bestritt der Bethmann-Hollwegsche Kreis unmittelbar, daß je der Versuch gemacht, je die Möglichkeit bestanden habe zu einem Sonderfrieden mit Rußland während des Krieges zu kommen. Aktenmäßige Beweise für die gegenteilige Behauptung fehlten. Hatte das zaristische Rußland, um der Revolution, die heraufzog, Herr werden zu können Sonderfrieden mit den Mittelmächten erstrebt oder nicht? Die Frage blieb offen. Nun meldet sich plötzlich im „Pester Lloyd" eine Stimme, die Licht auf jene interessante Episode zu verbreiten geeignet scheint und die offene Frage in bejahendem Sinn beantworten zu können glaubt.

Nach dieser Darstellung hat bereits am 16. Oktober 1916 der russische Hof durch neutrale Vermittlung in Berlin und Wien wissen lassen, daß sich Rußland, nachdem es bis dahin schon mehr geleistet hätte, als es verpflichtet war, für die weitere Zeit Handlungsfreiheit vorbehalte. Damit war angedeutet, daß der Friede sofort geschlossen werden könne. Alles hing eigentlich ausschließlich davon ab, ob Deutschland in der Konstantinopeler Frage nachgeben würde. Für diesen Fall würde Rußland alles besetzte Gebiet Oesterreich-Ungarns zurückgegeben haben. König Ferdinand von Bulgarien war mit den Vorschlägen einverstanden. Das österreichisch-ungarische Oberkommando nahm sie in ernstliche Erwägung. Nur das deutsche Große Hauptquartier lehnte sie unbedingt ab. Am 24. Januar 1917 wurde an dieselbe neutrale Mittelsperson, die den russischen Vorschlag übermittelt hatte, vom russischen Hofe wieder herangetreten. In dem betreffenden Schriftstück aus Petersburg heißt es unter anderem: Wenn die Mittelmächte aufrichtig einen vernünftigen Frieden besprechen wollen, sind wir dazu immer bereit; wir bleiben bei unserem Oktoberprogramm. Aber die Mittelmächte müssen auch ihrerseits konkrete Vorschläge machen. Die erneuten Anregungen und Vorschläge wurden am 1. Februar 1917 den Zentralmächten bekanntgegeben. Das Ergebnis war wieder das gleiche. Bulgarien war auch jetzt wieder bereit, auf die Sache einzugehen, Wien und Baden (in Baden stand das österreichische Große Hauptquartier) waren nicht abgeneigt, den Faden aufzunehmen. Auch Berlin verhielt sich diesmal nicht unbedingt ablehnend, aber das deutsche Große Hauptquartier wies die Anregung schroff zurück.

Anfang März 1917 ließen russische Hofkreise im Auftrag des Kaisers Nikolaus auf verschiedenen Wegen, darunter auch wieder durch die oben erwähnte neutrale Vermittlung einen dringenden Appell nach Wien und Berlin gelangen, auf das Angebot des Zaren einzugehen. Wieder war es nur die deutsche Oberste Heeresleitung, die ablehnte. Kaum eine Woche nach diesem Schritte des russischen Hofes brach die Revolution in Rußland aus, und der Zar wurde gezwungen, abzudanken. Es folgte Land aus, und der Zar wurde gezwungen, abzudanken. Es folgte aber noch ein weiterer Versuch von russischer Seite. Am 26. März 1917 richteten einige Mitglieder der russischen Kaiserfamilie an verschiedene Mittelspersonen, darunter wieder an den vorgenannten neutralen Vermittler, einen erneuten Aufruf an die Monarchen der Mittelmächtegruppen. Die dringenden Vorstellungen des Königs von Bulgarien bei den mitteleuropäischen Bundesgenossen und das Exposé des Grafen Czernin an den Kaiser Karl vom April 1917 beweisen, daß man in Sofia und in Wien die Lage richtig eingeschätzt hat. Allein das deutsche Große Hauptquartier, das heißt Ludendorff, blieb hartnäckig bei seiner früheren Auffassung, und so geschah wieder nichts, um schon damals den allgemeinen Frieden herbeizuführen.

Diese Mitteilungen werden die wichtige Frage des Sonderfriedens mit Rußland wohl wieder in Fluß bringen. Die Versuche würden sich danach durch mehrere Monate hingezogen haben. Zum Scheitern habe sie das Große Hauptquartier gebracht. Wir hören zum erstenmal, daß Ludendorff in dem bedeutsamen diplomatischen Zwischenspiel eine nicht erfreuliche Rolle gespielt habe. Wir müssen Bestätigung oder Nichtbestätigung abwarten. Jeden falls aber würde man sagen dürfen, wenn die Heeresleitung der Herd des Widerstandes gewesen ist, daß sie dann bei der amtlichen deutschen Politik wie bei den Parteien der Linken und ihren Organen die stärkste Unterstützung gefunden, in ihnen nicht minder belastete Mitschuldige gefunden hat. In der Presse der Linken wurde in jenen Monaten ein leidenschaftlicher Feldzug gegen Rußland geführt. Die „Russophilen" in Deutschland wurden maßlos verhöhnt. Herr Buchanan versäumte nichts, alle rußlandfeindlichen Stimmen in die russische Presse zu leiten. So haben anscheinend viele Kräfte zusammengewirkt, daß aus dem Sonderfrieden nichts wurde, trotzdem in amtlichen russischen Kreisen das Verlangen nach ihm so stark war, daß es sogar die polnische Herausforderung vom November 1916 überwand und noch nach ihr wieder anklopfte. Der Sonderfriede mit Rußland aber, gegen den vom August 1916 bis über den Ausbruch der Revolution hinaus Bethmann-Hollweg wie alle ihm ergebenen Preßorgane einen so leidenschaftlichen Feldzug führten, würde uns mit äußerster Wahrscheinlichkeit vor dem Unheil der kommenden Jahre bewahrt haben. In dem gescheiterten diplomatischen Handel jener Monate — das betonen wir heute aufs neue — liegt der Angelpunkt des Weltkrieges für Deutschland. Die Untersuchung über dieses dunkle Kapitel muß weitergeführt werden, auch wenn, wie uns unlängst berichtet wurde, Herr von Bethmann-Hollweg die aktenmäßigen Niederschläge dieser Sonderfriedenssondierungen sollte vernichten haben lassen. Aber sie muß geführt werden gegen die eigentlich Verantwortlichen. Es war ein politischer Akt, also haben wir uns vor allem an die Träger der politischen Gewalt jener Tage zu halten. Warum haben sie abgelehnt, warum ließen sie in den Tagen strengster Zensur jenen Pressefeldzug gegen Rußland mit seinen Aufteilungs- und Zertrümmerungsplänen ungehemmt geschehen, um so Buchanan in die Hände zu arbeiten? Für sie und die demokratischen Kreise war damals die Verständigung mit England der Angelpunkt der diplomatischen Lage. Und das innerpolitische Motiv der Abneigung gegen den Zarismus kam dazu. Wie oft ist uns in jenen Monaten entgegengehalten worden, Deutschland dürfe keinen Sonderfrieden mit Rußland machen, weil es dann der Reaktion Helferhelfer werde. Das war sehr edel, hilfreich und gut, hat aber leider auch dazu beigetragen, daß der eiserne Ring um uns sich nicht lockerte und wir den Krieg verloren.

Das Brüsseler Abkommen.

Die Ausführung des Abkommens gesichert.

⊡ Berlin, 21. März. (Von unserm Berliner Büro.) Die vom kommunistischen Seemannsbund aufgerührte Bewegung gegen das Brüsseler Abkommen, wird, wie man uns versichert, die Regierung an seiner gewissenhaften Ausführung nicht hindern. Sie ist vielmehr fest entschlossen, die Erfüllung der Verpflichtungen, die wir bei dem Abkommen eingegangen sind, unter allen Umständen durchzudrücken. Zu diesem Ende sind von ihr auch alle Vorkehrungen getroffen, um den Arbeitswilligen in den Häfenplätzen gegen den Terror einer gewissenlosen und gewalttätigen Minderheit jedmöglichen Schutz angedeihen zu lassen.

Das Vorgehen des Seemannsbundes, bei dem die bolschewistische Propaganda und der bolschewistische Rubel sicherlich eine Rolle gespielt haben, ist politisch eine reine Torheit. Die Forderungen, die jetzt vom Seemannsbund aufgestellt werden, sind, soweit sie nicht in das Gebiet der phantastischen Narretei fallen, von der Regierung viel früher aufgestellt worden. Daß die Entente, wie unsere Leser wissen, sie nur zum Teil bewilligt hat, ist nicht die Schuld der Regierung, auch nicht die Schuld unserer Unterhändler. Immerhin werden so doch noch ansehnliche Bruchteile der Seemannschaften auf den Schiffen, die der Entente zur Verfügung gestellt werden, verbleiben können.

Darüber hinaus aber bedeutet dieses Hamburger und Bremer Vorgehen schlechthin ein Verbrechen, den Versuch einer einzelnen Arbeitergruppe, ihre Interessen über die Lebensnotwendigkeiten der Gesamtheit zu stellen. Zur Stunde wird in Hamburg zwischen der Regierung und den Seeleuten verhandelt. Ob die Verhandlungen abgeschlossen sind, ist im Augenblick hier noch nicht bekannt. Auf alle Fälle hofft man, eine erhebliche Anzahl der Schiffe zum Auslaufen zu bringen.

Bei der internationalen Kommission in Rotterdam, die über die Ausführung der drei Wirtschaftsabkommen zu wachen hat, werden, um auch das noch in diesem Zusammenhang zu sagen, vier Kommissionen eingerichtet werden, eine für Schiffahrtsangelegenheiten, eine zweite für Lebensmittel, die dritte für Finanzfragen und eine weitere schließlich für die Ordnung der Ausfuhr. Es stellt sich erfreulicherweise heraus, daß außer den vier vorgesehenen Ausfuhrgruppen: Kali, Holz, Farbstoffe und Kohle sicher auch noch für eine Milliarde andere Exportwaren sich finden lassen werden.

Herr Hoover nimmt sich übrigens, wie wir hören, der Lebensmittelzufuhr nach Deutschland in mit anerkennenswertem Eifer an. Er hat erst dieser Tage bei dem Chef der amerikanischen Kommission in Spa angefragt, wann die Zufuhren denn nun beginnen sollten.

Holländische Lebensmittel.

c. Von der schweizerischen Grenze, 21. März. (Priv.-Tel.) Die Londoner „Times" melden aus dem Haag: Die niederländische Regierung hat bei den Alliierten um Ausfuhrbewilligung für Lebensmittel nach Deutschland in Höhe von 850 Millionen Gulden nachgesucht.

Die „New York Sun" berichtet, daß bis Mitte April insgesamt 500000 Tonnen Lebensmittel für die Mittelmächte aus Hoboken abgefahren sein könnten. Die Lager der großen Werften seien so reichlich gefüllt, daß die Vorräte die Abrollungen bis Ende April decken.

Die Lage im Osten.

Mitau von uns besetzt.

Berlin, 20. März. (WB.) An der polnisch-oberschlesischposenschen Front Patrouillengeplänkel. Die Polen beschießen neuerdings, so bei Edunn und im Raume von Bromberg, friedlich ihrer Feldarbeit nachgehende Bauern mit Maschinengewehr- und Infanteriefeuer. Am 19. März abends schleppten sie 5 Bauern aus der Bentschergegend fort.

Im Baltikum gehen die Bolschewiki weiter zurück. Trotz ihrer militärischen Erfolge in der letzten Zeit und insbesondere im Süden Rußlands gelang es ihnen bisher noch nicht, ihre durch Abgaben geschwächte baltische Front wieder zu verstärken. Infolgedessen gewannen die Truppen der litauischen Regierung und der baltischen Abwehr weiter nach Osten Gelände. Die baltische Abwehr besetzte unter der persönlichen Führung ihres Befehlshabers Major Fletscher in einem kühnen und blitzschnellen Streifzug, von Tuckum aus vorgehend, Mitau. Auch den reichsdeutschen Truppen gegenüber beginnt der sich bisher hartnäckig wehrende Gegner nunmehr seine Stellungen zu räumen.

Die Reichsregierung gegen die Landung polnischer Truppen in Danzig.

Berlin, 21. März. (W. B.) Die Reichsregierung lehnt die Landung polnischer Truppen in Danzig nach wie vor ab. Es wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß nach Sinn und Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1910 die deutsche Regierung in keiner Weise verpflichtet ist, in Danzig polnische Truppen landen zu lassen. Die Reichsregierung hat auch bisher niemals zu einer Landung polnischer Truppen ihre Zustimmung gegeben. Sie hat bei den Verhandlungen in Posen ausdrücklich abgelehnt, die Frage dort überhaupt zu diskutieren, aber auch in Spa, wo die Frage allein entschieden werden kann, wird die deutsche Regierung auf Grund des Artikels 16 des Waffenstillstandsvertrages vom 11. November 1918 darauf beharren, polnische Landungen in Danzig nicht zuzulassen, um, wie Reichsminister Erzberger den Danziger Abgeordneten der Nationalversammlung auf eine Eingabe geantwortet hat, die polnische Gefahr von der deutschen Stadt Danzig abzuwenden.

Entente-Druck auf Polen und Ukrainer.

Paris, 21. März. (WB.) Nach einer Havasmeldung forderte der Hauptausschuß der Friedenskonferenz den ukrainischen General Pawlenko, der vor Lemberg befehligt und den polnischen Kommandanten Lembergs General Posadowski in einem von Wilson, Lloyd George, Orlando und Clemenceau unterzeichneten Funkentelegramm auf, sofort die Einstellung der Feindseligkeiten zu vereinbaren, während welcher die Eisenbahn Lemberg—Przemysl freibleiben müßte, um täglich die Verpflegung für Lemberg heranzuschaffen. Nur auf Grund dieser Waffenruhe werde der Hauptausschuß die Gebietsforderungen der Ukraine und Polen zur Kenntnis nehmen.

Die westdeutsche Republik.

Vom Arbeitersekretär Ant. Erkelenz-Düsseldorf, Mitglied der Nationalversammlung.

Die Bestrebungen auf Bildung einer westdeutschen Republik haben eine außerpolitische und innerpolitische Grundlage. Von außerpolitischen Gesichtspunkten ging der erste Anreger, der Auslandsvertreter der Kölnischen Volkszeitung Herr Froberger aus, als er Anfang Dezember aus dem Auslande kam. Nach seiner Angabe beabsichtige Frankreich das linke Rheinufer zu annektieren oder zu einem Pufferstaat umzubilden. Um das zu verhüten, solle eine selbständige Republik Rheinland, unter völliger Abtrennung von Preußen, als Bundesstaat des Reichs gebildet werden. Mit diesem außerpolitischen Gesichtspunkt arbeiten die Freunde der westdeutschen Republik besonders unter den westdeutschen Demokraten und Sozialdemokraten und haben damit einigen Eindruck gemacht. Sie werden dabei gewiß gegen ihren Willen — nicht unbeträchtlich unterstützt von allerlei ausländischen Journalisten und auch anderen dunklen Abgesandten der Entente, die im besetzten Gebiet herumschwirren, vieldeutige Fragen stellen, auf die sie eindeutige Antworten erwarten.

Ueber diese außenpolitischen Dinge ist kurz folgendes zu sagen: Der Wille der Franzosen zur Rheingrenze ist unbezweifelbar. Ihr können aber steht sehr in Frage. „It would mean another war" hat der Vertreter der englischen „Nationa" mit Recht gesagt. Jede deutsche Aeußerung die aus außenpolitischen Gründen sich für eine westdeutsche Republik einsetzt, stärkt die Stellung der französischen Chauvinisten gegen die in diesem Fall wohl auf unserer Seite stehenden Engländer und Amerikaner. Man beseitigt nicht eine Gefahr, indem man 90 Prozent dieser Gefahr selber herbeiführt. Das vorgeschlagene Mittel ist auch untauglich. Eine westdeutsche Republik im Reiche beruhigt die französische Raublust keineswegs. Nur ein solches Gebilde außerhalb des Reichs kann ihr dienen. Es entspricht der Würde des deutschen Volkes besser, wenn es auch im Elende nicht schwachmütig wird. Würde der Raub westdeutscher Gebiete in irgendeiner Form zur Tatsache, so ist besser stolz auf die kommende Stunde zu warten, in der dieser Raub vor einem neuen, weltgeschichtlichen Richter steht. Mit Recht sagt Brockdorff-Rantzau zu dieser Sache: „So werden treue Deutsche . . . Opfer einer gefährlichen Verführung, vor der ich im Interesse deutscher Außenpolitik aufs nachdrücklichste warnen muß."

Man tut auch den Freunden der westdeutschen Republik kein Unrecht, wenn man sagt, daß für den größten Teil des Zentrums der innerpolitische, nicht der außenpolitische Gesichtspunkt ausschlaggebend war. Das letzte wurde mehr aus taktischen Gründen mit Rücksicht auf die Psyche der Demokraten in den Vordergrund gestellt. Hier liegt die unbestreitbare Tatsache vor, daß der fleißige und reiche Westen in Preußen und in Deutschland nie die Beachtung gefunden, die er verdient. Kein namhafter Minister oder Staatssekretär, außer dem versunkenen Schorlemer, wurde aus dem Westen je entnommen. In den höheren Beamtenstellen fanden Westdeutsche nur dann Platz, wenn sie in ihrer Gesinnung völlig versunkert waren. Die Presse, die öffentliche Meinung läßt sich über den Westen nur so nebenher von journalistischen Handwerkern bedienen. Selbst in den Parteien wird allerwege so gehandelt, als wenn der Westen nur ein verlängertes Mittel- oder Ostdeutschland wäre. Nur unser Geld nimmt man gerne. Das sind unhaltbare Zustände. Wenn die westdeutschen Demokraten, Sozialdemokraten, ein beträchtlicher Teil des Zentrums, auch nach einigem Schwanken die Rechte, sich demnach gegen eine westdeutsche Republik als selbständiger Bundesstaat im Reiche erklären, so steht das an unserem starken Sinn für das Einheitsreich, an der Erkenntnis der Gefahr, die ein solcher Bundesstaat vor sich hat, daß er aus laufend wirtschaftlichen Gründen leicht in die Anziehungskraft der West-

MARCHIVUM

mächte gelangt. Man kann aber nicht scharf genug betonen, daß man den Westen nicht weiter nur als die milchende Kuh behandeln darf, sondern vorerst Wege suchen muß, ihm einen erheblich stärkeren Anteil an der Beteiligung des Reiches und Preußens zuzuweisen.

Und damit wird die innerpolitische Frage wesentlich zu einer preußischen. Im Westen muß eine große Industrieprovinz mit weitgehender Selbstverwaltung geschaffen werden. Je straffer daneben die Staatsgewalt wird, umso besser. Von Ostelbien und Berlin lassen wir uns auf die Dauer nicht wieder allein regieren. Wird das dennoch versucht, so kann die separatistische Bewegung im Westen leicht so stark werden, daß sie über unsere Köpfe hinweggeht. Beuge vor. Die Spartakisten im Industriegebiet haben als Punkt 2 ihrer Forderungen die westdeutsche Republik verlangt. Sie sind auch damit gescheitert. Aber ein neues ernstes Warnungssignal ist so gegeben.

*

Gegen die rheinische Sonderbündelei.

In einem in Dortmund gehaltenen öffentlichen Vortrag über seine Eindrücke aus der Deutschen Nationalversammlung ging der Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei, Pfarrer D. Traub mit wenigen Worten auch auf die Kundgebung der Nationalversammlung gegen die Abtrennung von Rheinland und Westfalen von Preußen ein. Er sagte:

Unterschätzen Sie das, aber durch die Tat, denn die Kundgebung war einheitlich, war mächtig. Was kommen wird, das wird nach meiner Meinung unsern Wünschen nicht entsprechen. Denn was im Rheinlande vorhanden ist, das ist ein ausgesprochener Wille, von Preußen loszukommen (Zwischenruf: Zentrum!), und dieser Wille wird — oder ich müßte mich sehr täuschen — sein Ziel erreichen. Und eben darum haben wir diese Erklärung erlassen. Aber glauben Sie noch nicht, damit sei man zum Schluß gekommen. Wenn Sie sich selbst nicht wehren, dann nützt das alles nichts. Und ich meine doch wahrhaftig, Rheinland und Westfalen haben Preußen sehr viel zu danken, und Rheinland-Westfalen wird es sehr bedauern, wenn es später von Preußen weggeht. Auch die rein wirtschaftliche Zukunft des Rheinlandes wird sich meines Erachtens sehr anders ausnehmen, als die Herren es meinen. Was einem bis in die Seele schneidet, das ist, daß es überhaupt so weit hat kommen können, und daß man öffentlich an die Nationalversammlung appellieren muß, um Bestrebungen, die vom Zentrum und von Kölner Bankkreisen ausgehen, entgegenzuwirken.

Das neue Bayern.

München, 21. März. (Priv.-Tel.) Der Sozialdemokratische Verein München hielt gestern fünf große Volksversammlungen ab, die sämtlich überfüllt waren. Das Thema lautete: „Das neue Bayern und seine sozialistische Regierung". Es sprachen die Mitglieder der neuen Regierung, Ministerpräsident Hoffmann, Militärminister Schneppenhorst, Justizminister Endres und der bayrische Gesandte in Wien Ackermann, außerdem zwei Landtagsabgeordnete.

Der Ministerpräsident hob in seiner Rede hervor, daß das Problem der Gegenwart nicht heiße: „Parlament oder Räteregierung", sondern „Parlament und daneben eine gesetzlich geregelte Mitarbeit der Räte". Die neue sozialistische Regierung wolle nichts als arbeiten. Zur Arbeit aber müsse man der Regierung auch einige Wochen Zeit lassen. Wenn die Regierung noch drei Monaten bei ruhigen Verhältnissen im Lande nicht gearbeitet habe, dann möge sie ruhig nach Hause gejagt werden. Der Ministerpräsident verurteilte dann entschieden die Streiks. Wenn dem Ministerium die Möglichkeit der Arbeit gegeben werde, dann sei zu hoffen, daß wir in einigen Wochen und Monaten über die schlimmste Lage hinweg seien. Der Ministerpräsident, der manchemal schwer gegen die Zwischenrufe zu kämpfen hatte, fand mit seinen Ausführungen am Schlusse überaus lebhaften Beifall.

Justizminister Endres, dem es ebenso wie seinem Kollegen Hoffmann erging und der ebenfalls gegen starke Opposition zu kämpfen hatte, sich aber später Ruhe verschaffen konnte, betonte ebenfalls den Willen der Regierung zur Arbeit. Weiter ersieht man aus der Rede, daß der Ministerrat bereits mehrere Beschlüsse gefaßt habe, so vor allem in der Frage der Arbeitsbeschaffung, um der Erwerbslosigkeit zu steuern. Bemerkenswert war hier die Aeußerung des Justizministers, daß die Politik in Zukunft viel mehr nach links gerichtet werden müsse. Aber darunter verstehe er keine radikale Phrase. Der Minister teilte dann noch mit, daß die Gemeindewahlen am 18. Mai und die Kreistagswahlen am 25. Mai stattfinden würden. Die Aussprache in dieser Versammlung, an der sich auch Kommunisten beteiligten, war sehr lebhaft und zum Teil sehr stürmisch.

Militärminister Schneppenhorst, der in einer anderen Versammlung sprach, und durch heftige Zwischenrufe häufig unterbrochen wurde, sagte, wenn das Proletariat jetzt die Regierung störe, dann komme es sein eigenes Werk. Man werde in den nächsten Tagen sehen, daß diese Arbeit, die jetzt vorbereitet werde, fruchtbar sei. Sozialistische Politik müsse getrieben werden im Rahmen der Vernunft. Wer mehr verspreche, als er zu halten vermöge, sei ein Lump.

Der bayrische Gesandte in Wien, Ackermann, der als gebürtiger Rheinpfälzer über seine Beobachtungen unter der französischen Besatzung berichtete, erklärte, auf Grund seiner Beobachtungen und Besprechungen mit französischen Offizieren sei es ausgeschlossen, daß in der französischen Armee eine Revolution ausbrechen werde. Ebensowenig sei das von den englischen Truppen zu erwarten. Wenn wir warten wollten, bis die Weltrevolution aufflammt, wären wir längst verhungert. Man müsse im Gegenteil Ordnung schaffen, die Regierung stützen und es ihr ermöglichen, die angekündigte praktische Arbeit zu leisten. Dann werden wir wohl Lebensmittel und auch den Frieden bekommen. Einige Zwischenrufer, die sich auch hier bemerkbar machten, fertigte Ackermann gebührend ab.

Die Versammlungen verliefen zum Teil sehr stürmisch und erregt. Namentlich geschahen die Störungen von kommunistischer Seite aus. Ein Kommunist, der in der Diskussion das Wort ergriff, und wiederholt unterbrochen wurde, drohte der Versammlung, daß er, falls er am Weiterreden gehindert werde, dafür sorgen werde, daß auch keine Mehrheitssozialisten mehr sprechen.

Badische Landesversammlung.

13. öffentliche Sitzung.

X Karlsruhe, 21. März.

Präsident Kopf eröffnete um 9 Uhr 20 Min. die Sitzung. Das Haus fuhr in der Einzelberatung des Entwurfes der badischen Verfassung bei § 19 fort.

Abg. Fräulein Bayerle (Ztr.) wendet sich gegen eine einseitige Verstandesbildung und wünscht einen starken Einfluß der Eltern auf die Schule.

Abg. Spieß (Soz.) verlangte die Trennung von Kirche und Schule.

Abg. Muser (Dem.) Ich stehe bei dem § 19 anders wie meine Fraktion. Es wurden hier Ausführungen gemacht, als ob der Schulzwang nur die Kinder vom 6. bis 9. Jahre umfaßte. Dem ist nicht so. Die Kinder, die nicht die Hochschule besuchen sollen, müssen in die Volksschule gehen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Staat zwar eine Zwangsbildung verlangen kann, ich bestreite aber dem Staate das Recht, mir vorzuschreiben, wo ich mir dieses Quantum Wissen aneignen soll. Es gibt nicht wenig Pädagogen, die außerordentlich viel an unserem Schulwesen auszusetzen haben. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß bei der Schulbildung Freiheit zu herrschen hat, die Freiheit für die, die den Unterricht erteilen wollen und die Freiheit für die, die die Schule besuchen wollen. An dem Standpunkt, den wir auf dem letzten Landtag angenommen haben, halte ich fest. Den Eltern muß man das Recht überlassen, über die Schulart zu bestimmen, die ihre Kinder besuchen sollen. Wenn der Schulzwang durchgeführt wird, werden die hemmlosen Eltern, die ihre Kinder nicht in die Staatsschule schicken wollen, sie über die Grenzen bringen. Das würde aber Verdrossenheit erzeugen, und die können wir nicht brauchen. In der Verfassung wurde der Gewissensfreiheit ein Denkmal gesetzt. Dieses Denkmal muß aber aus Granit sein. Es muß ein Palladium sein, hinter dem keiner umsonst Schutz sucht. Ein Schutzmittel gegen Gewissenszwang würden wir ebenso wenig aufheben wie den Schutz gegen die wirtschaftliche Bedrückung, die Koalitionsfreiheit.

Abg. Klara Siebert (Ztr.) äußert sich gegen den Schulzwang.

Mit 41 demokratischen und sozialdemokratischen gegen 40 Stimmen des Zentrums, der Deutsch-Nationalen und des Abg. Muser wurde darauf ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

§ 18 wurde angenommen. Von § 19 wurde Absatz 1 und 2 einstimmig angenommen. Absatz 3 (kein Lehrer darf wider seine erklärte Religionsüberzeugung zur Erteilung des Religionsunterrichts gezwungen werden usw.) wurde bei Stimmenthaltung des Zentrums und der Deutsch-Nationalen angenommen. Absatz 5 wurde mit 46 gegen 45 Stimmen des Zentrums, der Deutsch-Nationalen und des Abg. Muser angenommen, die übrigen Absätze wurden einstimmig gutgeheißen. Ueber § 35 (Domänen) wird noch eine zweite Lesung stattfinden.

Bei § 55 fragte der Abg. Karl (D.-N.) an, ob die Uebernahme eines Postens als Aufsichtsrat bei einer A.-G. vereinbar sei mit dem Amt eines Ministers. Minister Dr. Haas verneinte die Anfrage.

Bei § 57 (Stammgüter) erklärte Abg. Karl (D.-N.), daß die Aufhebung der Fideikommisse keine Spitze gegen den Adel enthalten solle. Adel verpflichte auch ohne Stammgut.

Abg. Gothein (Dem.) äußert sich, der Abg. Karl habe seine Rede abgelesen. Abg. Karl (D.-N.) erwiderte, er habe es nicht notwendig hier zu tun, allerdings habe er den Schluß seiner Rede abgelesen, da es sich dabei um eine programmatische Erklärung gehandelt habe; im übrigen lösen Redner aller Parteien im Hause ihre Reden ab.

Abg. Dr. Schofer (Ztr.) stimmte den Ausführungen des Abg. Karl bei.

§ 68, der bestimmt, daß die Privatschulen bis zum Jahre 1925 aufzulösen sind, soweit es sich um Volksschulen handelt, wurde gegen die Stimmen des Zentrums, der Deutsch-Nationalen und des Abg. Muser angenommen. Alle übrigen Paragraphen wurden einstimmig angenommen.

Zum Schluß wurde das gesamte Verfassungswerk in namentlicher Abstimmung einmütig gutgeheißen.

Präsident Kopf: Wir haben damit die wichtigste Arbeit geleistet, die unserem Hause zugewiesen wurde, nämlich unserem Volk aus dem verfassungslosen Zustand herauszuhelfen, in dem es sich 4 Monate lang befunden hat. Wir hoffen, daß sich auf dieser Verfassung eine gedeihliche Zukunft unseres Volkes aufbauen wird. Nicht alle Bestimmungen werden bei allen Parteien Billigung finden; wenn trotzdem das Gesetz einstimmig angenommen wurde, ist dies zurückzuführen auf die vaterländische Pflicht, dem Volk bald eine Verfassung zu geben. Ich betrachte es als bedeutungsvoll, daß unsere Verfassung am 21. März, am Frühlingsanfang, angenommen wurde. Möge sie sich als Frühling für unser Volk auf allen Gebieten betätigen. Das walte Gott.

Die Petitionen und Entschließung zur Verfassung wurden dem Antrag des Ausschusses entsprechend erledigt.

Abg. Dr. Glockner verlangte den sofortigen Druck der Verfassung mit dem Datum vom 21. März. Präsident Kopf stimmte dieser Anregung zu.

Kultusminister Stockinger lud das Haus zu der heute abend stattfindenden Verfassungsfeier ein. Abg. Schofer beantragte, nach der Annahme der Verfassung die Sitzung abzubrechen. Der Antrag wurde angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag nachmittag 4 Uhr.

Tagesordnung: Auseinandersetzung mit dem Großherzoglichen Vermögen, zweite Lesung des § 35 der Verfassung und Verschiedenes. Schluß der Sitzung 12 Uhr.

*

Die Volksabstimmung über die badische Verfassung.

BC. Karlsruhe, 20. März. Durch die Presse ging vor einigen Tagen die Nachricht, daß die neue badische Verfassung am 30. März einer Volksabstimmung unterbreitet werden soll. Richtig an dieser Meldung ist, daß über die Verfassung das badische Volk in einem Referendum entscheiden soll. In Kreisen der Verfassungskommission hat man auch tatsächlich in Aussicht genommen, diese Volksabstimmung am 30. März abzuhalten. Es scheint jedoch kaum wahrscheinlich, daß dieser Termin eingehalten werden kann, da die technischen Vorbereitungen für die Volksabstimmung bis zu diesem Zeitpunkt kaum durchgeführt werden können. Zunächst muß ein entsprechendes Gesetz, mindestens aber eine Verordnung erlassen werden, dann müssen die einzelnen Gemeinden ihre Vorbereitungen treffen, es müssen Abstimmungsscheine gedruckt werden usw. Ob alle diese Dinge bis 30. März erledigt sein können, erscheint sehr fraglich. Da die auf 30. März unmittelbar folgenden Sonntage durchweg für besondere kirchliche Veranstaltungen in Betracht kommen, dürfte die Volksabstimmung voraussichtlich am Sonntag, den 4. Mai stattfinden.

Nationale Würdelosigkeit.

Man schreibt uns: Nach einer Zeitungsmeldung ist aus dem Sitzungssaale des Rathauses in Wernigerode das Bild Kaiser Wilhelms I. und seiner Paladine entfernt worden. Leider liest man nichts davon, daß die Vertreter der Bürgerschaft zum mindesten versucht haben, diesen schmählichen Akt zu verhindern. Die Verleugnung unserer großen ruhmreichen Vergangenheit, die in einer solchen Handlung liegt, mag bei ein paar hirnverbrannten radikalen Genossen hingehen. Wenn aber eine Stadt wie Wernigerode sich diese Kränkung ihres nationalen Empfindens gefallen läßt, so wird diese Duldung zu einer nationalen Würdelosigkeit, wie man sie leider im Zeichen der neuen Zeit immer wieder antrifft. Die Bürgerschaft hätte wohl Mittel, sich gegen Vergewaltigung zur Wehr zu setzen. Fängt man erst einmal an, das äußere und innere Bild unserer Städte nach dem Revolutionsprogramm zu reviderieren, so wird man schließlich vor den größten Schändungen nicht mehr zurückschrecken. Man leiste nur mutig dem ersten Versuch Widerstand und die Zeiten werden bald andere sein.

Letzte Meldungen.

Die Bremer Seeleute.

Bremen, 21. März. (WB.) In der heute vom Seemannsbund einberufenen Versammlung von Bremer Seeleuten aller Chargen wurde beschlossen, Schiffe auf keinen Fall an England auszuliefern und sie nur ausfahren zu lassen, wenn die Besatzung die Zusicherung bekommt, an Bord zu verbleiben.

Bayern gegen die Reichswehr.

München, 21. März. (Priv.-Tel.) Der Minister für militärische Angelegenheiten Schneppenhorst hat in einer gestrigen Versammlung der sozialdemokratischen Mehrheitspartei über die Reichswehr folgende bedeutsame Erklärung abgegeben:

„Im Augenblick ist in Weimar für das Reich die Neubildung der Wehrmacht beschlossen worden. Nach Verhandlungen, die wir heute gepflogen haben, haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, daß wir diese Wehrmacht in Bayern nicht mitmachen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir abzurüsten haben und zwar so schnell als möglich und daß der Zeitpunkt kommen muß, wo das Volk ohne Waffen und nur mit geistigen Waffen kämpft."

Presse und Koalitionsfreiheit.

Berlin, 21. März. (W. B.) Die deutschnational-volksparteilichen Abg. Linz und Gen. fragen bei der Regierung an, was sie zu tun gedenke, um die Freiheit der Presse gegen alle Angriffe und Uebergriffe zu schützen.

Die der gleichen Partei angehörigen Abgg. Martin und Gen. haben an die preußische Landesversammlung den Antrag gerichtet, die Regierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen vor terroristischen Angriffen sicher gestellt wird.

Zur Beschlagnahme der ausländischen Wertpapiere.

Berlin, 21. März. (Von unserm Berliner Büro.) Um den Verpflichtungen, die das Brüsseler Abkommen uns auferlegt, nachkommen zu können, hat die Regierung bekanntlich sich dazu ermächtigen lassen, die in deutschem Besitz befindlichen ausländischen Wertpapiere zu beschlagnahmen oder zu enteignen. Dabei wird jedoch, wie wir hören, der Kurswert nicht nach dem gegenwärtigen ungünstigen Stand des Markkurses im Ausland berechnet werden. Die Reichsbank wird vielmehr erst nach Verkauf der Stücke einen annehmbaren Kurs ausfindig zu machen suchen, bei dem sie nur ihre Selbstkosten berechnet. Nur in den Fällen, wo die Besitzer aus zwingenden Gründen auf sofortiger Bezahlung bestehen, wird diese erfolgen; dabei soll dann der Kurs vom 31. Dezember 1918 zugrunde gelegt werden.

In den nächsten Tagen sollen dann noch zwei Bekanntmachungen erfolgen, die eine über die fest verzinslichen Wertpapiere, die andere über die Aktien, die eingeliefert werden sollen. Daß die in unserem Besitz befindlichen bulgarischen, türkischen, österreichischen, ungarischen Wertpapiere nicht erfaßt werden sollen, haben wir bereits mitgeteilt.

Politik der starken Hand in Elsaß-Lothringen.

Berlin, 21. März. (Von unserm Berliner Büro.) Die Ernennung Jonnards zum Gouverneur in Straßburg bedeutet wohl, daß im ehemaligen Reichsland eine Politik der starken Hand geführt werden soll. Jonnard war früher Gouverneur in Algier und hat dort ein schroffes Säbelregiment geführt.

Truppenankunft aus der Türkei.

Hamburg, 21. März. (WB.) Der Dampfer „Lilly Rickmers" traf heute Vormittag mit Truppen aus der Türkei auf der Elbe ein. Er wurde bei Groaden in Quarantäne gelegt, voraussichtlich wird er vor Samstag Vormittag nicht nach Hamburg kommen. An Bord befinden sich 2000 Mann der asiatischen Korps.

Explosionsunglück.

Freiburg, 21. März. (Priv.-Tel.) In Schacht „Reichsland" in Mülhausen wurden durch Explosion 13 Arbeiter getötet und viele verwundet, eine Anzahl Personen ist noch in der Grube eingeschlossen. Das Unglück ist durch Explosion einer Kiste Sprengstoff entstanden. Gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Großfeuer.

Landshut, 21. März. (Priv.-Tel.) Heute Nacht 11 Uhr brach in der Scheidemantelschen Fabrik für chemische Produkte Großfeuer aus, das den größten Teil der Gebäude in Schutt und Asche legte. Das Feuer soll durch Kurzschluß entstanden sein. Der Schaden läßt sich noch nicht übersehen. Der Betrieb wurde zeitweilig stillgelegt, soll aber in kürzester Frist wieder aufgenommen werden.

Die angebliche Ermordung des Generals Sixt von Arnim eine Verwechslung.

Nürnberg, 21. März. (WB.) Bei der vom „Berliner Lokalanzeiger" verbreiteten Meldung englischer und französischer Blätter über die Ermordung des Generals Sixt von Arnim liegt eine Verwechslung vor. Am 13. März wurde in dem etwa 10 Kilometer von Asch in Böhmen auf bayrischem Gebiet gelegenen Schönwalder Forst des Grafen Arnim von Schloß Sophienreuth von der erregten Menge der Graf Arnim von Schloß Sophienreuth zu Tode geprügelt, weil er in seinem Forst einen Kriegsinvaliden beim Holzfällen überrascht und durch einige Schüsse niedergestreckt hatte.

Arbeiterkundgebung in Mailand.

Lugano, 20. März. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Nach dem „Avanti" findet am kommenden Sonntag im Arsenal von Mailand eine Versammlung des Proletariats aus der ganzen Provinz Mailand statt, zur Feier der Pariser Kommune und zu einer Kundgebung für die russische und deutsche Revolution.

Amerikanische Kriegsverluste.

Paris, 21. März. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten gibt jetzt die Amerika durch den Krieg erwachsenen Verluste an Menschenleben und Eigentum bekannt. Danach wird die amerikanische Regierung auf der Konferenz eine Entschädigungsforderung von 800 Millionen Dollars melden können. Die Entschädigungssummen für die Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen Amerikaner wurden genau nach der Vermögenslage der Gefallenen und Verwundeten festgestellt.

Englische Massenversammlungen gegen den Diktatfrieden.

t. Von der schweizerischen Grenze, 21. März. (Priv.-Tel.) Die „Daily News" bringt Berichte aus 18 englischen Großstädten über Massenversammlungen, welche gegen den Diktatfrieden demonstrierten.

Internationaler Arbeiterschutz.

Paris, 21. März. (W.B.) Die Kommission für die internationale Arbeitergesetzgebung setzte unter Vorsitz von Compers die Prüfung der Arbeiterschutzbestimmungen fort. Dieselben sollen in den Friedensvertrag aufgenommen werden.

Selbstbestimmungsrecht für die Aalandsinseln?

Stockholm, 21. März. (WB.) Der Privatdozent der Universität Upsala, Dr. Sven Tudberg, hat eine Broschüre veröffentlicht, die für die Aalandsinseln Selbstbestimmungsrecht fordert.

Belgien erhebt Anspruch auf Malmedy.

Amsterdam, 21. März. (WB.) Aus Brüssel wird gemeldet: In der Kammer verlautet gerüchtweise, daß die Friedenskonferenz Belgien gestatten werde, einige deutsche Gebiete, Malmedy und 10 Kilometer Hinterland, zu annektieren.

Verhaftung eines gefährlichen Betrügers und Hochstaplers.

München, 21. März. (Priv.-Tel.) Einen gefährlichen Betrüger und Hochstapler, ein angeblich italienischer Staatsangehöriger, Marchese Armando Imperiale von Sorrent, hat die hiesige Polizei verhaftet. Er trat mit gefälschtem diplomatischem Paß und gefälschten Vollmachten der italienischen Regierung auf, der Bevölkerung Bayern Lebensmittel, wie kondensierte Milch und Kraftfutter in erheblichen Mengen zu schenken und weiter andere Waren im Werte von 17 Millionen Mark (Olivenöl und 8 Millionen Kaffeier) zu verkaufen und bestand auf Barzahlung im Voraus und zwar zunächst auf Zahlung eines Vorschusses von 7 Millionen. Als er den Betrag nicht erhielt, ging er auf 3 Millionen herunter. Sein Gebahren fiel auf und er wurde schließlich verhaftet. Er gab sich als englischer Staatsangehöriger, als interniert gewesener Fliegeroffizier aus. Es steht fest, daß der Verhaftete unter verschiedenen Namen und Titeln Betrügereien in Berlin und Wien verübt hat.

Letzte Handels-Nachrichten.

Mannheimer Effektenbörse.

An der heutigen Börse fand nur geringes Geschäft statt. Auch die Kurse blieben ziemlich unverändert mit Ausnahme von Heilbronner Straßenbahn-Aktien, die einige Prozent im Kurse anzogen.

MARCHIVUM

Aus Stadt und Land.

Aufforderung.

Die Staatsanwaltschaft ersucht uns um Aufnahme folgender öffentlichen Aufforderung:

Die Untersuchung gegen zahlreiche Personen, welche sich an der Gefangenenbefreiung und an den Verwüstungen in den Gefängnissen und Gerichtsräumen durch Gewalttätigkeiten oder Plünderungen oder durch Unterstützung der gewalttätigen Menge beteiligt haben, ist in vollem Gange. Eine Anzahl Verhafteter sind wieder freigelassen worden, weil sich ihre Schuldlosigkeit herausgestellt hat oder der Haftgrund weggefallen ist. Gegen die letzteren wird das Verfahren fortgesetzt.

Zahlreiche Täter, welche sich hervorragend beteiligt haben, z. B. durch Einschlagen der Gefängnistore mit Hämmern, Aexten und Brecheisen, Geld und Anderes geplündert, Möbel und sonstige Fahrnisse zertrümmert oder Personen mit der Waffe bedroht haben, sind noch nicht ermittelt. Die Staatsanwaltschaft ersucht die Bevölkerung dringend, sie hierin tatkräftig zu unterstützen und die Missetäter namhaft zu machen, soweit sie ihr bekannt sind oder sie solche wieder zu Gesicht bekommt und die Persönlichkeit oder wenigstens die Wohnung feststellen kann. Es besteht ein allgemeines Interesse daran, daß derartige gefährliche Elemente ihrer Strafe zugeführt werden.

---

* Ernannt wurde der Hilfsreferent beim Ministerium der Justiz Regierungsrat Karl Götz zum Geheimen Regierungsrat.

§ Eine Erinnerungsmedaille für Kriegsteilnehmer. In einer Eingabe an die Nationalversammlung und die Reichsregierung hat der Kyffhäuser-Bund der Deutschen Landes-Kriegerverbände angeregt, allen Kriegsteilnehmern des Weltkrieges 1914/18 ein bleibendes Erinnerungszeichen in Gestalt einer Medaille zu verleihen. Wenn auch die Reichsregierung die Ordens- und Titelverleihung für die Folge abgeschafft und damit die Notwendigkeit einer Auszeichnung verneint habe, so werden doch Millionen deutscher Vaterlandsverteidiger, denen es nicht vergönnt gewesen, sich das Eiserne Kreuz oder eine andere Auszeichnung verdienen zu können, für die Verleihung eines Erinnerungszeichens der Regierung Dank wissen.

× Haussuchungen durch Volksräte und Volkswehren. Die bad. vorläufige Volksregierung hat durch eine Verordnung bestimmt, daß das Justizministerium Mitglieder der Volksräte und Volkswehren zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft bestellen kann. Das ist aus dem Grunde geschehen, weil z. Zt. ohne Rechtsgrundlage von Mitgliedern der Volksräte und Volkswehren Durchsuchungen, Beschlagnahmen und vorläufige Festnahmen vorgenommen werden. Die Bezirksämter sind beauftragt worden, zuverlässige und geeignete Mitglieder der Volksräte und Volkswehren den Staatsanwaltschaften vorzuschlagen, welche dann zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft ernannt werden können. Sie werden mit einem entsprechenden Ausweis versehen und sind daraufhin zur Vornahme von Beschlagnahmen usw. berechtigt. Andere Personen, als die zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft ernannten, sind zu solchen Handlungen nicht mehr befugt.

* Das Freiwilligenbataillon Karlsruhe, das vor einigen Tagen als Polizeitruppe hier eingerückt ist, marschierte heute Vormittag zum erstenmale in geschlossener Formation mit der Kapelle des Grenadierregiments an der Spitze durch die Stadt. Die stramme Haltung der Truppe machte auf das Publikum den vorzüglichsten Eindruck.

* Einbruchsdiebstahl. Drei junge Mädchen aus Mannheim statteten ihrem in Oftersheim wohnenden B[illegible]r, während dieser an der Arbeit war, einen Besuch ab, erbrachen einen Schrank und stahlen daraus 1500 Mark in Zwanzigmarkscheinen. Die Diebinnen konnten sich aber ihrer Beute nicht lange erfreuen, denn sie wurde ihnen am Bahnhof in Schwetzingen, wie sie nach Mannheim zurückfahren wollten, durch die Landespolizei wieder abgenommen.

Polizeibericht vom 21. März.

Vermißt wird seit 19. ds. Mts. der 13 Jahre alte Volksschüler Johann Leiderich von Rheinau, dessen Mütze am ersten Rheinhafenbecken in Rheinau gefunden worden ist. Möglicherweise ist dem Knaben ein Unfall zugestoßen. Beschreibung: 1,25 Meter groß, schlank, dunkelblond, volles Gesicht, blaue Augen, große Ohren. Kleidung: braune Hose, heller Kittel, graue Strümpfe und Schnürschuhe. Um Auskunft über den Verbleib des Knaben ersucht die Schutzmannschaft.

Brandausbruch. In einer Bäckerei in Neudenheim entstand durch aus dem Backofen herausfallende, glühende Kohlen ein Brand, welcher einen Schaden von etwa 60 Mark verursachte. Das Feuer konnte von Hausbewohnern wieder gelöscht werden.

Unfall. Im Hause Mittelstraße 119 fiel eine 17 Jahre alte Fabrikarbeiterin vor einem Glasabschluß zu Boden und zog sich dabei eine erhebliche Knieverletzung zu, sodaß sie mit dem Sanitätsautomobil ins Allgemeine Krankenhaus überführt werden mußte.

Warnung vor Dieben. Am 14. ds. Mts., abends 8 Uhr, kamen mehrere unbekannte Personen in das Haus B 6, 15, um einen zum Verkauf ausgeschriebenen Teppich zu besichtigen. Bei dieser Gelegenheit stahlen sie eine Kopenhagener Porzellanfigur und ein Zinnkännchen. Ferner wurden dahier in letzter Zeit von noch unbekannten Tätern entwendet: in der Nacht von 18. auf 19. d. Mts aus einer Wohnung des Hauses Schwetzingerstraße 3 mittels Einbruchs Lebensmittel, Wäsche und etwa 350 Mark Bargeld — Gesamtwert 1200 Mark —, in der Nacht vom 18. auf 19. ds. Mts. aus einem bei der Gußschleifenfabrik in Rheinau stehenden Eisenbahnwagen 10 Pakete Seifenpulver, in der Nacht vom 17. auf 18. ds. Mts. aus einer Fabrik in Rheinau ein Treibriemen im Wert von 300 Mark, am 19. ds. Mts im Hause S 1, 11 aus einer Wirtswohnung 1600 Mark bares Geld, am 19. ds. Mts. auf dem Bahnsteig 4 des Hauptbahnhofes hier während des Einsteigens in einen Schnellzug aus einer Handtasche 300 M. bares Geld.

Verhaftet wurden 13 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen, darunter 6 Personen wegen Diebstahls, ein Brauer von Schlagenwolf wegen Münzverbrechens, 2 Taglöhner von hier wegen Urkundenfälschung und Betrugs und ein Taglöhner von hier wegen Landfriedensbruchs.

Vereinsnachrichten.

§ Familienabend des Evang. Bundes. Der Zweigverein des Ev. Bundes in Mannheim-Neckarau hatte die evangel. Gemeindeglieder auf letzten Sonntag abend zu einem Familienabend im Gasthaus „zur Krone" eingeladen, der sich eines sehr zahlreichen Besuches erfreute. Der Vorsitzende des Ev. Bundes, Herr Stadtpfarrer Lamb, begrüßte in warmen Worten die Versammelten und wies in seiner Ansprache auf die vaterländischen Hilfswerke des Evang. Bundes in der Not dieser Zeit hin, u. a. auf den Funkspruch, den der Ev. Bund am 1. Februar an die Christlichgesinnten aller Länder richtete, um die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen und die Aufhebung der Hungerblockade zu beschleunigen. Der Ev. Bund habe die Aufmerksamkeit unseres Volkes aber auch auf die Neugestaltung und den Neuaufbau der ev. Kirche gelenkt. Die politische Umwälzung in Deutschland habe auch die deutschen evangelischen Landeskirchen vor eine ganz neue Lage gestellt. Die Fragen des Verhältnisses von Staat und Kirche und der neuen kirchlichen Verfassung stünden jetzt überall auf der Tagesordnung. — Hierauf sprach Herr Professor Frey aus Karlsruhe über die „Neugestaltung unserer evang. Landeskirche". Er legte in eingehender sachkundiger Weise die Notwendigkeit dieser Neugestaltung dar und umriß ein großzügiges Reformprogramm. Eine Fülle von interessanten Anregungen und wohlerwogenen Vorschlägen wurde gegeben. Leider können wir hier auf die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen im einzelnen nicht näher eingehen. Mit dem Wunsche, daß die Neugestaltung der ev. Kirche eine Neubelebung derselben im Gefolge haben möge, schloß der Redner seinen eindrucksvollen Vortrag. Nach einem gut gelungenen Gesangsvortrag des Ev. Kirchenchors — unter der Leitung von Herrn Hauptlehrer Reinhardt — der schon zu Eingang des Abends die Versammelten durch das markige Lied „Fest steht dein Wort" erfreut hatte, sprach Herr Stadtpfarrer Lamb in seinem Schlußwort dem Redner des Abends und allen Mitwirkenden herzlichen Dank aus und richtete einen warmen Appell an die ev. Gemeindeglieder zu festem Zusammenhalten.

Aus dem Lande.

* Karlsruhe, 20. März. Ueber den Vorfall in der Kriegstraße, bei dem ein Mann durch einen Volkswehrmann erschossen wurde, wird jetzt bekannt, daß es sich nicht um eine Schleichhandelsaffäre handelt. Der Getötete ist der bei der Firma Werner u. Gärtner hier in Stellung befindliche Expedient Gottl. Ernst von Beiertheim, 46 Jahre alt und Vater von drei Kindern. Der „Volksfreund" hat folgenden Sachverhalt festgestellt: Die Firma Werner u. Gärtner kaufte von dem nach Offenburg ziehenden Kantinier Breisacher 2 trächtige Mutterschweine zur Aufzucht. Der Stallmeister Fischer war beauftragt, nach Beendigung seines Bestellganges nach Mühlburg die beiden Zuchtschweine abzuholen. Kutscher Stetter und der Expedient Ernst waren dabei behilflich ohne Auftrag und Wissen der Firma. Die 3 Männer Fischer, Ernst und Stetter haben erst vor dem Rampengarten von einem „Haltrufen" der Volkswehrmänner gehört und sofort das in scharfem Trapp springende Pferd angehalten. Im gleichen Augenblick, als das Pferd nach einigen Sprüngen festgehalten stand, krachte schon ein Schuß, der von einem Volkswehrmann von der Seite her abgefeuert wurde und Herrn Ernst von der linken Seite den ganzen Leib durchschlug, so daß er sofort tot zusammensank. Nach der staatsanwaltschaftlichen Untersuchung wurden die beiden in Haft gesetzten Fischer und Stetter freigegeben, ebenso wurden der Firma die beiden Mutterschweine zugestellt, da der mutmaßliche Verdacht des Schleichhandels, weshalb die beiden inhaftiert wurden, als vollständig ausgeschlossen sich erwiesen hat. Das Aufziehen und Halten von Mutterschweinen zur Nachzucht ist bekanntlich erlaubt und der Kauf solcher für jedermann freigegeben.

* Freiburg, 17. März. Nach schwerem Leiden verschied d. „Freib. Ztg." der erste Architekt des städtischen Hochbauamtes, Herr Matthias Stammalz im Alter von 55 Jahren, nachdem er drei Jahrzehnte der Stadt in ihrer höchsten Blüte große Dienste geleistet hat. Als Fünfundzwanzigjähriger war er in das Hochbauamt eingetreten und bald unter Stadtbaumeister Thoma zum ersten Architekten aufgestiegen. Unter den Arbeiten, an denen er in hervorragendem Maße und bestimmend beteiligt war, steht die weithin sichtbare, im Stile der oberitalienischen Hochrenaissance gehaltene Einsegnungshalle auf unserem Friedhofe obenan. Sie wird neben anderen Bauten dauernd Zeugnis ablegen von der Begabung und dem Können des Heimgegangenen. Bei vielen anderen unter der Leitung des Hochbauamts entstandenen öffentlichen Gebäuden hat der Verstorbene bei der Ausarbeitung der Pläne und Entwürfe in erfolgreicher Arbeit mitgewirkt. Sein Streben reichte über den Rahmen der beruflichen Tätigkeit hinaus. In seinen Mußestunden beschäftigte er sich gern mit heimatgeschichtlichen Studien und mit Musik, die in seiner Familie eine treue Pflegestätte besitzt. Als Sänger hat er sich gern in den Dienst der Oeffentlichkeit und der Wohltätigkeit gestellt und überall lauschte man gern seinen Liedern und Balladen.

* Lahr, 20. März. Das Mannschaftsgebäude der oberen Artilleriekaserne ist zur Linderung der Wohnungsnot in diesen Tagen der Stadt übergeben worden. Die Inneneinrichtung ist bereits im Gange, so daß die Räume schon am 1. April bezogen werden können.

§ Volkertshausen bei Engen, 16. März. Hier wurden einem Händler einige hundert Liter Schnaps, den er zusammengekauft, abgenommen und auf das Rathaus verbracht. Nun hat sich dort der Inhalt zu Wasser verwandelt; wer den Zauber vollbracht, weiß hier kein Mensch.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

+ Darmstadt, 20. März. Anstelle des durch die Unabhängigen von Viernheim und Umgebung zur Abdankung gezwungenen Kreisrats [illegible] in Heppenheim wurde nunmehr durch die Regierung der Oberregierungsrat im Ministerium d. J. Höchlein mit der vorläufigen Verwaltung des Kreises Heppenheim betraut. — Die hiesige Kriminalpolizei hat den 26 Jahre alten Buchbinder Friedrich Winter aus Rumpenheim festgenommen, der in der letzten Zeit in raffinierter Weise eine ganze Reihe von Einbrüchen in hiesige Seifen-, Konfektions-, Handschuh-, Zigarrengeschäften u. s. w. begangen und ein mächtiges Warenlager der verschiedensten Gegenstände aufgespeichert hat, deren Eigentümer bisher gar nicht alle festgestellt werden konnten.

* Mainz, 20. März. Ein gewaltiger Preisunterschied zeigt sich beim Verkauf von ausländischem Speck und anderen Waren zwischen hier und der Pfalz. Während man in der nahen bayerischen Pfalz in den Schaufenstern der Konsumgeschäfte riesige Mengen Auslandsspeck bester Qualität zum Preise von 10—13 Mk. ausgestellt sieht, hat man hier solchen Speck zu dem schamlosen Wucherpreise von 22 Mk. per Pfund verkauft. Mit Recht ist die Bürgermeisterei diesem unerhörten Treiben jetzt mit aller Entschiedenheit entgegengetreten. Was nützt, so schreibt der „Neueste Anzeiger", alle Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln, wenn niederträchtiger Wucher sich sofort darauf wirft und diese derart verteuert, daß nur der mit Glücksgütern Gesegnete sie sich leisten kann. Mit den härtesten Strafen müßten solche Blutsauger getroffen werden. So ist es auch mit Fleisch- und Backwaren, die massenhaft, aber zu sündhaften Preisen, in den Läden ausgestellt sind. Für Reis fordert man in einzelnen Geschäften 6 bis 8 Mk. per Pfund, während unsere Bahnbeamten solchen von der französischen Behörde erheblich unter 1 Mk. erhalten.

Gerichtszeitung.

* Mainz, 16. März. Das Schwurgericht der Provinz Rheinhessen verurteilte den 43jährigen städtischen Hafeneinnehmer Hugo Kirchheim in Mainz wegen Unterschlagung im Amte zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis. K. hatte sich städtische Gelder in Höhe von 25 000 M. rechtswidrig angeeignet.

* Stuttgart, 20. März. Einen tragischen Verlauf nahm eine vor der Strafkammer geführte, umfangreiche Verhandlung wegen schweren Diebstahls und anderer Straftaten. Am Abend des 4. April wurden in der Wohnung zweier Händlerinnen in der Moltkestraße, während die Inhaberinnen, einer an sie ergangenen Einladung folgend, in einer Wirtschaft am Bahnhof sich befanden, Seidenstoffe im Anschaffungswerte von über 16 000 M. gestohlen. Einen Korb mit Seidenstoffen im Werte von weiteren 10 000 M. mußten die Diebe im Stich lassen, da sie von einem im Hause beschäftigten Dienstmädchen an der Wegschaffung gestört wurden. Den eifrigen Bemühungen der Kriminalpolizei in Verbindung mit den Angaben des Dienstmädchens gelang es bald, Diebe wie Anstifter zu ermitteln. Als Einbrecher selbst kamen der von Überlingen gebürtige 37 Jahre alte Mechaniker Eduard Ritter, dessen Ehefrau, die gleichaltrige Barbara Ritter, und vor allem der zurzeit flüchtige Maler Emil Schmauber in Betracht. Die Seide wurde in die Rittersche Wohnung gebracht, wo sie zum größten Teil, teils in der Wohnung selbst, teils im Keller und selbst auf dem Dach des Hauses versteckt vorgefunden wurde. Die Gelegenheit zum Diebstahl hatte zuerst der Mechaniker W. entdeckt, der nach der Anklage die beiden Frauen einlud, damit die anderen ungestört den Einbruch ausführen konnten. Hinzu kam, daß Ritter während der Untersuchungshaft versucht hatte, einen Zellengenossen gegen das Versprechen von 2000 M. zu verleiten, vor Gericht für ihn günstige unwahre eidliche Aussagen zu machen. Gegen ihn erkannte das Gericht wegen schweren Diebstahls im Rückfall und Verleitung zum Meineid auf 4 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, gegen die bislang unbescholtene Ehefrau, die mehr unter dem Einfluß ihres Mannes gehandelt hatte, auf 6 Monate Gefängnis, gegen Knoll auf 8 Monate Gefängnis und gegen W. wegen Beihilfe zum schweren Diebstahl auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust. Gleichzeitig wurde gegen den bis dahin auf freiem Fuß befindlichen Angeklagten W. wegen Fluchtverdachts ein sofort zu vollstreckender Haftbefehl erlassen. Kaum war dieser Beschluß verkündet, als ein lauter Knall ertönte. Des Publikums bemächtigte sich zuerst ein großer Schrecken, weil es glaubte, es handle sich um ein Attentat auf den Gericht. Infolgedessen stürzte zunächst alles dem Ausgange zu. Dann aber sah man W. regungslos auf der Bank liegen. Wie sich ergab, hatte er einen Revolver gezogen und sich vor den Augen seiner im Saal anwesenden Ehefrau in die Brust geschossen. Der sofort herbeigerufene Gerichtsarzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod feststellen.

Sportliche Rundschau.

* Fußball. Ein Vorstandsmitglied des Fußballklubs 08 Lindenhof ersucht uns unter Bezugnahme auf den Spielbericht Fußballklub Hertha—Fußballklub 08 Lindenhof in Nr. 124 um Aufnahme folgender Erwiderung: Kritiken des Fußballsportes sind zur Förderung des Ganzen von großem Vorteil, wenn sie sachgemäß und unparteilich gehandhabt werden. Das Gegenteil ergibt sich leider aus der veröffentlichten Kritik des oben angeführten Spiels. Es ist diesbezüglich im besonderen zu erwähnen: „Der Sieg für 08 Lindenhof ist unverdient; ferner: „Ein Spiel kurz vor Schluß durch Elfmeter zu gewinnen, ist kein Sieg, sondern wahre Glückssache und ein Schiedsrichtersieg." Es ist eine Selbstüberhebung, wenn derartige Sätze publiziert werden. Nebenbei bemerkt, war es dem F.-Kl. Hertha auch nur durch einen ebensolchen Glücksfall (Elfmeterball) möglich, gleichzuziehen. Nach dem Gutachten zahlreicher bei dem Spiele anwesender Interessenten hat der Schiedsrichter allen sportlichen Grundsätzen und Formen regelrecht entsprochen.

Handel und Industrie.

Ost-Galizische Petroleum-Aktien-Gesellschaft.

In der heute vormittag im Sitzungssaale des Bankhauses Hohenemser u. Söhne dahier abgehaltenen Generalversammlung wurden durch 14 Aktionäre 784 Stimmen vertreten. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Bankier Joseph Hohenemser, berichtete zunächst in längeren eingehenden Ausführungen über die Gründe, die zu einer Vertagung der Generalversammlung führten. Den interessanten Darlegungen war zu entnehmen, daß die Gruben der Gesellschaft während des Krieges von den Russen besetzt waren, weshalb die Buchhaltung nach Wien und später nach Mannheim verlegt werden mußte. Bereits bei der letzten Generalversammlung im Juli 1910 wurde eine Kapitalerhöhung seitens der Verwaltung in Vorschlag gebracht, die jedoch auf die drohenden Russeneinfälle in Galizien unterblieb. Die Frage der Kapitalserhöhung sei bei der Gesellschaft immer noch latent, leider aber infolge der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht durchführbar.

Auf die Anfrage eines Aktionärs über den jetzigen Stand und die Erträgnisse der Gruben sowie über neuere Nachrichten, insbesondere über die Fündigkeit einer Grube wurde vom Herrn Vorsitzenden ausgeführt: Galizien ist vom Verkehr vollkommen abgeschnitten und wem dieses Gebiet später zugesprochen wird, ist heute noch ungewiß. Zurzeit spielen sich Kämpfe zwischen Polen und Ukrainern bei Lemberg ab. Die Nachrichten fließen spärlich, ja es kommen nahezu gar keine Mitteilungen durch. Die letzten Nachrichten, die wir von einem Beamten einer benachbarten Grube erhielten, bestätigen allerdings die Nachricht von dem Fündigwerden einer Grube. Diese Nachricht haben wir seit Novbr. v. J. Sonst haben wir keinerlei Mitteilungen erhalten. Der Verkehr liegt vollkommen darnieder, die Bankiers weigern sich infolge der bolschewistischen Umtriebe, Geschäfte zu besorgen. Auch ist es trotz der hohen Löhne sehr schwer, Arbeiter zu bekommen. Auf Umwegen haben wir Nachrichten erhalten, daß die ukrainische Regierung Grund und Boden, sowie die Bodenschätze unentgeltlich verteilen wolle. Wie bekannt, ist in Galizien aber sehr viel fremdes Kapital und die Entente wird schon für die Interessen ihrer Staatsangehörigen eintreten. Sie wird es sich zweifellos nicht gefallen lassen, daß ihr Kapital entwertet wird. Das einzige Erfreuliche ist, daß alles Terrain in Ostgalizien entsprechend der allgemeinen Teuerung sehr hoch bewertet wird und sehr erheblich im Preise gestiegen ist. Die Oelpreise, die während des Krieges sehr niedrig waren und kaum die Produktionskosten ermöglichten, sind zu Beginn der Revolution nach langen Verhandlungen gestiegen; aber der Preis ist noch nicht derjenige, um einen Ausgleich der gesteigerten Produktionskosten herbeizuführen. Das Oel wird flott an die ukrainische Regierung verkauft und diese zahlt auch die Preise.

Auf die Anfrage desselben Aktionärs, ob der neue Schacht tatsächlich 10 Zisternen pro Monat liefere, wurde vom Vorsitzenden erwidert, daß diese Nachricht so ziemlich der Wahrheit entspreche. Man rechne auf eine Produktion von zirka 10 Waggons monatlich. Die Verwaltung habe alle Maßnahmen ergriffen, um die Interessen der Gesellschaft zu wahren. Ein weiterer Aktionär hält die Lage in Galizien für nicht pessimistisch.

Sämtliche Punkte der Tagesordnung wurden alsdann einstimmig und ohne weitere Debatte genehmigt und Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Die turnusgemäß aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Herren Compes-Düsseldorf, Dr. H. Friedrich-Düsseldorf, Geo von Kaufmann-München und Dr. Ernst Schmid-Ludwigshafen, wurden hierauf einstimmig wieder gewählt.

Personalien.

Die Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G. Mannheim teilt durch Rundschreiben mit, daß sie ihren seitherigen Handlungsbevollmächtigten den Herren Erich Wingenroth und Hanns Glückstein sowie Herrn Eugen Hirsch Prokura für ihre Hauptniederlassung erteilt hat. Jeder der Herren ist befugt, gemeinschaftlich mit einem anderen zur Zeichnung berechtigten Herrn die Gesellschaft zu vertreten und für sie zu zeichnen.

Gustav Genschow & Co., A.-G., Berlin.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat beschlossen, der auf den 16. April einzuberufenden Generalversammlung aus dem nach Abschreibung von M. 275 325 verbleibenden Reingewinn von Mk. 490 455 die Verteilung einer Dividende von 4½% (4½%) auf die Vorzugsaktien 14% (18%) auf die Stammaktien, vorzuschlagen.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 21. März. (Pr.-Tel.) Wenn der Markt kein einheitliches festes Gepräge zeigte, so ist dies darauf zurückzuführen, daß den Kursen der Börse nicht in dem erwarteten Maße die Käufer seitens des Privatpublikums gefolgt sind. Der Verkehr blieb deshalb nur auf einzelne Marktgebiete beschränkt, doch war die kursmäßige Tendenz fast durchweg gut behauptet. Die Gefährdung des Brüsseler Abkommens trug zwar zur Zurückhaltung bei, übte aber einen entscheidenden Einfluß auf die Tendenz nach keiner Richtung hin aus, da man den Beschluß der heutigen Versammlung abwartet. Man bemerkte sogar regere Kauflust in Schiffahrtsaktien, die zur Befestigung der Norddeutschen Lloyds um ½% führte. Auch Hamburger Paketfahrt gingen etwas höher. Am Markte der Eisenbahnpapiere kam es nicht zu nennenswerten Umsätzen. Schantung fest mit 128¼ + 1½%. Lombarden waren im Anschluß Wien etwas schwächer, auch Oriental wurden billiger angeboten. Auf dem Montanaktienmarkt herrschte eine haltlose Haltung. Wesentlich nachgelassen hat das Interesse für Aktien der chemischen Industrie, deren Kurse nur geringfügige Aenderungen aufweisen und teilweise umsatzlos blieben. Dieselbe Erscheinung machte sich auch in Elektropapieren bemerkbar. Zellstoff Waldhof gefragt, 212. Im Verkehr der Kaliwerte sind Westeregeln und Aschersleben fest anzusehen. Autoaktien neigten zur Abschwächung, Daimler 223 genannt. Der Einheitsmarkt der Industriewerte zeigte unregelmäßige Tendenz. Höher stellten sich Zellstoffabrik Aschaffenburg. Heimische Anleihen hatten schwache Tendenz, Kriegsanleihen bis 84.10. Exoten, vor allem Mexikaner und Chinesen schwächten sich ab. Bei Schluß des Berichtes stellten sich Montanpapiere etwas niederer. Phönix 187. Privatdiskont 3⅝% und darunter.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 21 März. (Devisenmarkt.)

Auszahlungen für:	20. Geld	20. Brief	21. Geld	21. Brief
Konstantinopel	—.—	—.—	—.—	—.—
Holland 100 Gulden	397.50	398.50	397.50	398.00
Dänemark 100 Kronen	252.00	252.50	252.00	252.50
Schweden 100 Kronen	274.75	275.25	274.75	275.25
Norwegen 100 Kronen	264.75	265.25	264.75	265.25
Schweiz 100 Franken	200.75	201.—	200.75	201.—
Oest.-Ungarn 100 Kronen	48.95	49.05	48.95	49.05
Spanien	159.—	160.—	159.—	160.—
Bulgarien 100 Leva	—.—	—.—	—.—	—.—
Helsingfors	98.75	99.25	98.75	99.25

MARCHIVUM

Deutsche Demokratische Partei in Baden.

I. ordentliche Landes-Versammlung

Sonntag, 30. März, morgens 9.30, in Karlsruhe
(städt. Festhalle)

Tages-Ordnung:

Parteibericht (Abg. Hummel)
Fraktionsbericht (Abg. König)
Beratung der Satzungen (Generalsekretär Dees)
Parteifinanzen (Dr. Knittel)
Wahl der Parteiinstanzen, Anträge und Wünsche.

Zutritt haben **alle Mitglieder** der Landespartei gegen besondere **Eintrittskarten,** die im Parteisekretariat, Kaiserring 4/6 (Telephon 6186) abzuholen sind.

Bestellungen auf Mittagessen und Nachtquartier bis 25. März.

Abfahrt ab Mannheim:		Rückfahrt ab Karlsruhe:	
Samstag, 29. März abends	7.15	Sonntag, 30. März abends	6.50
oder		Montag, 31. „ morgens	7.55
Sonntag, 30. März morgens	8.25		

S106 **Das Parteisekretariat Mannheim.**

Deutsche Demokratische Partei.

Demokratischer Verein Ladenburg.

Herr Stadtrat **Knodel**-Rheinau spricht am **Samstag, 22. März,** abends ½8 Uhr in der **„Rose“** in einer Mitgliederversammlung, zu der auch Gäste Zutritt haben, über **„Die Deutsche Demokratische Partei und die kommenden Gemeindewahlen“.**

Demokratischer Verein Edingen.

Frau **Emma Kromer**-Mannheim spricht am **Sonntag, 23. März,** nachmittags ½4 Uhr im **„Neckartal“** in einer Frauenversammlung des Vereins, zu der alle Freunde der Demokratie eingeladen sind, über **„Die Frau und die Politik“.** S106

Nach beiden Vorträgen freie Aussprache.

Die Vorstände.

Danksagung.

Für die herzlichen Beweise inniger Anteilnahme an unserem schweren Verluste sprechen wir Allen, besonders den Herren Tessereaux & Stoffels und deren Beamten, der Zellstoffabrik, sowie der Viktoriariege des Turnvereins 1846, unseren herzlichsten Dank aus. 1531a

Familie Georg Hess
Pumpwerkstrasse 48.

Danksagung.

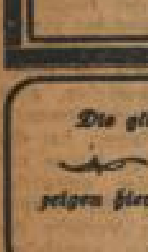
Für die liebevollen Beweise innigster Teilnahme bei dem uns so schwer betroffenen Verluste unseres Vaters, meines treubesorgten Gatten, allen unsern herzlichen Dank. 1519a

MANNHEIM, den 21. März 1919.
Seckenheimerstr. 46b.

Maria Kreter geb. Maier
nebst Angehörige.

Die glückliche Geburt eines M110
Mädchens
zeigen hiermit an
Ferd. Landmann u. Frau.

Die Geburt ihres Sohnes
Gerhard
beehren sich anzuzeigen 1517a
Oskar Große und Frau Maria
geb. Dannmüller.
Mannheim, C 7. 17.



Uhren-Reparaturen
Jede Art von Taschenuhren, Wanduhren u. Wecker werden schnell unter Garantie repariert. Nehme auch Gold- u. Silberreparaturen an. 1580a
E 2, 9 Uhrenwerkstatt, E 2, 9
H. Rosenwald.

Erholungsbedürftige
finden vorzügliche Aufnahme direkt am Walde. Pensionspreis M. 10.—. K100
Fritz Jaeger
Obstgut Dorsberg
Post Neckarsteinach. Tel. 11.

Wer nimmt gewaschene Gardinen zum Aufspannen an?
Zuschriften unter D. J. 39 an die Geschäftsstelle. 1468a

Zum Umzug.
Uebernahme sämtlicher
Tapezier- und Dekorationsarbeiten
Anfertigen von Markisen.
Reiche Auswahl in Stores, Tüll-Vorhänge u. Leinenvorhänge.
P 2, 4a Hirsch & Derschum P 2, 4a
Ab Juli **P 6, 20.**

Bauvorschuß
für äußerst günstiges Bauobjekt von strebsamen Baufachmann gesucht. 1536a
Angebote unter D. Z. 78 an die Geschäftsstelle. 1536a

Flügel — Piano
Stimmungen. Sachgemäße Reparaturen jeder Art. Beste Referenzen. 1539a
Ferd. Altschuh
Hch. Langstraße 3, part.

Amtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde

Volkssinfoniekonzert.

Wie bereits im jüngsten Stadtratsbericht bekannt gegeben wurde, wird der Ausschuß für Volksmusikpflege nach längerer, durch die Kriegszeit bedingter Unterbrechung jetzt die Veranstaltung von Volkssinfoniekonzerten wieder aufnehmen.

Das erste derartige, vom Orchester des Nationaltheaters unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Felix Lederer ausgeführte Konzert wird am **Donnerstag, 10. April ds. Js., abends 7½ Uhr** im Rosengarten und zwar je nach dem Umfang der Anmeldungen im Nibelungensaal oder Musensaal stattfinden. Dem musikalischen Teil des Konzerts, dessen Programm alsbald besonders zur Veröffentlichung gelangt, wird ein kurzer Einführungsvortrag des Herrn Musikschriftstellers Karl Eberts vorausgehen.

Das Eintrittsgeld ist einheitlich für alle Plätze auf 70 Pfg. festgesetzt, wozu noch die vorschriftsmäßige Lustbarkeitssteuer mit 10 Pfg. kommt. Eine Beschränkung der Besuchsberechtigung auf Personen innerhalb einer bestimmten Einkommensgrenze ist diesmal versuchsweise nicht vorgesehen. Indessen sollen die Karten, die — teils einzeln, teils zu zweien — in verschlossenen Umschlägen zur Ausgabe gelangen, in erster Linie an hiesige Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, sowie Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Privatbeamte abgegeben werden. Die Ausgabe der Karten erfolgt daher zunächst an die Vorstände der beruflichen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, sowie an die Arbeitgeber (Firmen und Behörden). Diese Verbände und Arbeitgeber werden daher ersucht, die Anzahl der gewünschten Karten bis spätestens **Samstag, 29. März nachmittags** bei der Rosengartenverwaltung schriftlich zu bestellen. Die Zuteilung von Karten erfolgt dann nach dem Verhältnis der Anmeldungen und der verfügbaren Plätze. Cl4

Mannheim, den 20. März 1919.

Ausschuß für Volksmusikpflege.

Auslosung von Schuldverschreibungen betr.

Von den in den Jahren 1888, 1902 und 1909 ausgegebenen Inhaberpapieren der Stadt Lahr i. B. wurden unterm heutigen die nachverzeichneten Stücke ausgelost.

Von dem 1888er Anlehen:
Lit. A No. 78, 124, 183, 185, 408, 399, 427, 518.
Lit. B No. 21, 62, 74, 78, 96, 148, 283, 249, 308, 314, 317, 399.
Lit. C No. 15, 74, 77, 134, 140, 181, 190, 213.
Lit. D No. 135, 158, 190, 177, 205.

Von dem 1902er Anlehen:
Lit. A No. 70, 124, 135, 150, 378, 390, 427, 518, 587, 500, 588, 615, 698.
Lit. B No. 801, 894, 921, 934, 1069, 1087, 1102, 1211, 1284, 1308, 1321, 1326.
Lit. C No. 1416, 1521, 1562, 1686, 1664, 1685, 1730, 1741, 1930, 1977.
Lit. D No. 2063, 2076, 2079, 2177, 2168, 2265, 2338, 2440, 2490.

Von dem 1909er Anlehen:
Lit. A No. 7, 51, 91.
Lit. B No. 281, 295, 366, 392, 479, 577, 697.
Lit. C No. 712, 742.
Lit. D No. 802, 862, 954, 955.

Die Heimzahlung der ausgelosten Schuldverschreibungen vom Jahre 1888 und 1902 erfolgt am 1. Oktober 1919, derjenigen vom Jahre 1909 auf 1. November 1919 bei der Stadtkasse Lahr, den Bankhäusern Mitteldeutsche Creditbank Frankfurt Filiale Frankfurt a. M., Veit L. Homburger in Karlsruhe, Rheinische Creditbank in Mannheim und deren Filialen, Mannheimer Bank, Aktiengesellschaft in Mannheim, Süddeutsche Diskontogesellschaft A. G. in Mannheim und Filialen, A. Ladenburg in Frankfurt a. M., der Bank für Handel und Industrie in Darmstadt und deren Filialen, der badischen Bank in Mannheim und deren Filialen, der deutschen Vereinsbank in Frankfurt a. M., der Württembergischen Vereinsbank in Stuttgart und deren Filialen, A. Spiegelberg in Hannover gegen Rückgabe der Schuldverschreibungen samt den unverfallenen Zinsscheinen und den Erneuerungsscheinen.

Mit dem 1. Oktober 1919 bezw. 1. November 1919 hört die Verzinsung auf. T110

Lahr, den 20. März 1919.

Der Stadtrat:
Dr. Altfelix.

Wiebel.

Für den Verein Badischer Heimatdank, Bezirksausschuß der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenenfürsorge Mannheim, sind weitere Spenden eingegangen: Lia104

von Herrn Julius Darmstädter, Mannheim, ℳ 500.—, von Herrn Max Erlanger, Mannheim, ℳ 900.—, von Fa. M. Marum G. m. b. H., Mannheim, ℳ 2100.—, von Fa. Südd. Drahtindustrie, Mannheim, ℳ 10 000.—, von Ungenannt, Mannheim, ℳ 5.—, von Herrn Gruttroff, Sammlung, Mannheim, ℳ 400.—, von Ungenannt, Mannheim, ℳ 100.—, von Mannheimer Guttapercha- und Kabelfabrik ½ aus ℳ 10 000.— Spende, ℳ 3333.33, von Sally und Cäcilie Weil, Mannheim, ℳ 200.—, von Herrn K. Hand, ℳ 7.—, von Neckargau des südd. Fußballverbandes als Erlös der Ausbadspiele der Mannheimer Fußballvereine ℳ 250.—, von Fa. Mannesmannröhrenlager G. m. b. H. Frankfurt, ℳ 5000.—, von Schüler der 7. und 8. Klasse Schulabteilung Waldhof ℳ 10.—, von Herrn Felix Traub, ℳ 50.—, von Feudenheimer Bandoneon-Kapelle ℳ 51.65, von Ungenannt ℳ 200.—, von Kunstkorkfabrik Frankenthal ℳ 5000.—, von Herrn Hauptlehrer Mayer, Waldhof, ℳ 30.—, von Gemeindekasse Wallingen ℳ 10.—, von Gemeindekasse Oberlauchringen, ℳ 5.—, von Loge Wilhelm zur Dankbarkeit, ℳ 20.—, von Feudenheimer Bandoneonkapelle ℳ 20, von Gemeindekasse Wallstadt ℳ 10.—, von Knabenabteilung der Wohlgelegenschule durch Herrn Oberlehrer Ritterer ℳ 24.30, von Ergebnis der Sammelbüchse bei Fabldusch ℳ 17.56, von Germaniaschule Neckarau ℳ 5.—.

Den Spendern sagen wir hierfür herzlichen Dank. Zugleich bitten wir um weitere Zuwendungen. Spenden nehmen die Stadtkasse, die Post und alle hiesigen Banken entgegen.

Mannheim, den 4. März 1919.

Bezirksausschuß Mannheim der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge.
Finanzkommission.

Damen-Strohhüte umpressen nach neuen Formen | **Panama-Hüte** wie neu waschen schön und hell
Wiederherstellung getr. Herrenfilzhüte.
Bordenhüte werden nach neuesten Modellen umgearbeitet. Garnierte Damenhüte stets vorrätig.
A. Pfaff, Modistin, P 3, 3, 2. Stock. Oeffe

Neu-Eröffnung!
Vom Felde zurück, habe ich mein
Friseur-Geschäft
in **Rheinhäuserstraße** Nr. **108** eröffnet.
Um geneigten Zuspruch bittet 1524a
Hochachtend
Ludwig Schneider, Friseur.

Gummisauger Ia.
hygienisch einwandfrei
Zahnbürsten
in bester Ausführung 3 Stück 1.— Mk.
Näh- und Maschinenseide
in allen Farben, Rollen à 30 u. 50 m.
Reichhaltige Auswahl in
Seiden- u. Samtbänder
ebenso **Leinenbänder.**
Schuhbänder
fast unzerreißbar, 4 Paar 95 Pfg.
Günstige Gelegenheit für Hausierer!
Wiederverkäuf. erhalt. extra Preise!
Neuheiten in Haarschmuck
sowie
Horn- und Celluloid-Kämme
von grösster Haltbarkeit.
Hermann Steigbügel
U 1, 7 Breitestrasse **U 1, 7**

Offene Stellen

Vertreter für Mannheim
gesucht
Ein bei **Kolonialwaren- und Drogengeschäften, sowie Konditoreien gut eingeführter Herr** für ausgezeichneten Artikel, der schönen Verdienst läßt, gesucht. Angebote an **Postfach 28, Karlsruhe i. B.** Vlia

Vertreter! B21n
welche Fühlung mit Tanzinstituten und Vereinen haben, wird Gelegenheit zu gutem Nebenverdienst geboten. Gefl. Angebote erbet. unter M. P. 1865 an Haasenstein & Vogler A.-G., München.

Redegewandte Damen und Herrn
von großer Versicherungs-Gesellschaft gegen hohe Provision gesucht. Nichtfachleute werden gründlich eingearbeitet.
Angebote unter **G 605** an **Haasenstein & Vogler A.-G., Mannheim.** B21a

Stenotypistin
gesucht, welche an **gewissenhaftes, sauberes und pünktliches Arbeiten** gewöhnt ist. Evtl. findet auch strebsame Anfängerin Berücksichtigung.
Ausführliche Angebote nebst Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an Postlagerkarte 11 erbeten. 1552a

Reisevertreter
für Süddeutschland mit Sitz in Mannheim, der in der Stahl- und Eisenbranche bewandert ist, geg. Provisionsvergütung sofort gesucht. Es wollen sich nur Herren melden, die bereits in größ. Werken daselbst bestens eingeführt sind. — Angebote unter E. Y. 134 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten. N111

Tücht. Alleinmädchen
auf 1. April gesucht. B23a
O 7, 11, 3 Treppen.

Eine saub. Putzfrau
oder Mädchen für Mittwoch u. Samstags morgens auf 2—3 Stunden ges. 1392a
Otto Beckstraße 6, 2. St. r.

Frau oder Mädchen
von 8—11 Uhr vormittags in klein. Haushalt gesucht. 1543a
Richard-Wagnerstr. 20, 4. St.

Expedient und Lagerverwalter
erfg. u. erbagel., la. Zeugn., sucht dauernde Stellung per 1. Mai evtl. früher. 1433a
Angebote unter C. U. 46 an die Geschäftsstelle.

Lehrmädchen
mit gut. Schulbildung gesucht.
Hermanns & Froitzheim
F 1, 3a. 1545a

Tüchtiges
Mädchen
für Geschäft und Haushalt tagsüber sof. gesucht. 1533a
Kirsch, Friedrichsplatz 13
Friseurgeschäft.

Stundenmädchen
für Hausarbeiten tägl. 8—10 Uhr früh gesucht. 1530a
Seckenheimerstr. 150, 4. Stock.

Elektromonteur
sucht an Hand guter Zeugnisse Stellung, am liebsten als Betriebsmonteur.
Gefl. Angebote u. D. W. 72 an die Geschäftsstelle. 1521a

Suche Stelle als
Zimmer-Mädchen
in fein. Haushalt. Gute Zeugnisse vorhanden. Lohnangabe erwünscht.
Klara Erb, Freiburg i. B.
Schänzleweg 1. V21k

Schwestern oder Pflegerin
nach hier und auswärts für Privat- und Wochenpflege sind jederzeit zu haben im Schwesternheim Santias, Mannheim, Schwetzingerstraße 53. Tel. 4403. 1522a

Stellen-Gesuche

Für meinen Sohn, der das Realgymnasium besuchte und im Besitz des Einj.-Freiw.-Scheines ist, suche ich
Lehrstelle
in einem hiesigen Engros- oder Fabrikgeschäft. 1520a
Gefl. Angebote u. D. V. 71 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Verkäufe.

Gem. Warengeschäft
mit Haus, Ladeneinrichtung, Oekonomiegebäude u. Garten zu verkaufen oder zu vermieten. **M. Raba,** Untergimpern (Baden). 1529a

Gastwirtschaft,
Im Bezirk Wiesloch, in einem Fabrikorte, ist eine gutgehende Gastwirtschaft mit Metzgerei bei geringer Anzahlung preiswert zu verkaufen. 1542a
Wo, sagt die Geschäftsstelle.

1 Schreibtisch
zu verkaufen. Anzusehen vormittags v. 9—12 Uhr. 1535a
Berber.-Gegr. Kanal, B 1, 11.

1 Waggon Dörrgemüse
(Mischware) abzugeben.
Ledigenheim Zeche Helene Altenessen. G24a

1 Wasserkugel, 2 u. Bauernbänke zu verk. Eichendorffstr. 11, p. r. 1534a

4 gebrauchte Kluppen
(englisch) für Schlosser geeig., **1 schwarz. Spitzenhut**
(Uebergangshut) zu verkauf. Anzus. Samstags den ganzen Tag u. Sonntag vorm. 1544a
Rheinhäuserstr. 71, 3. St. l.

1 brauner Ueberzieher
und
2 Bühnenkostüme
passend für Soubretten billig zu verkaufen. 1467a
Waldhofstr. 6, 4. St. links.

1 gebrauchter, a. Kinderwagen und 2 Paar graue **Fenstergarnituren** billig zu verkaufen. 1533a
Kobellstr. 11, 2. links.

1 Stroh-, 1 Seegrasmatratze
abzugeben. 1466a
Otto Beckstraße 4, 3. St. links.

Guterhaltener Kinder-Klappstuhl
zu verkaufen. 1397a
Meerfeldstraße 14, 2. Stock.

Bündelholz
einige Waggon abzugeben.
Wilh. Frey
Inh. A. Ridinger 1490
Mannheim, U 4, 19a.

Fahrrad
mit Gummibereif., Freil. und Zubehör, sowie **Gummimantel** für gr. Fig. billig zu verk. Anzus. Samstag 12—4 Uhr **D 1, 10,** 4. St.

Steinmarderkollers
wenig getragen, Mark 125.—
1505a **S 4, 20,** 2. St.

1 Zinkbadewanne
u. **2 Waschzuber** zu verk.
D 5, 4 4. St. links. 1507a

Schönen, dunkelgrünen Voile
zu Kleid billig zu verkaufen. Anzusehen von 3—6 Uhr.
Näheres 1526a
Waldparkstr. 22, 3. St. links.

1 Pferd
auch für Landwirte geeignet zu verkaufen. Näheres 1525a
Hauptstr. 41 a, Feudenheim.

Kauf-Gesuche.

Schreibmaschinen
auch defekte, kauft Ba106
Wilhelm Kutterer, Stuttgart
Neuhäuslestraße 1.

Suche aus Privathand gegen zu kaufen:
Klassiker
in schönen Einbänden.
Angebote u. N. M. 738 an **Rudolf Mosse, Mannheim.**

Zigarren
bis 500 Mk. per Mille, **Tabak** bis 1100 Mk. per Ztr. zu kaufen gesucht.
Eilangebote erbittet
R. Hietzge, Leipzig
Schlitwitzerstraße 31.

Getragener Anzug
mittl. Größe, zu kauf. gesucht.
Preisangebote an 1546a
Köhn, Meßstr. 1.

Heirat.

Junge Kriegerwitwe, vermögend, mit zwei netten Kindern, sucht die Bekanntschaft eines liebevollen strebsamen Mannes zwecks

Heirat.
Zuschriften unt. D. P. 65 an die Geschäftsstelle. 1500a

Lebenslustige Dame, Witwe, schöne Erscheinung, wünscht freundschaftl. Verkehr mit gebildetem Herrn zwecks späterer 1458a

Heirat.
Zuschriften unter C. Y. 49 an die Geschäftsstelle.

Alleinst. Fräulein, anfangs 30, ev., wünscht mit anständ. Herrn bekannt zu werden zw.
Heirat.
Zuschriften unter D. Y. 74 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Jung. Witwer, 35 J., 1 Kind, Schlosser, in gut. Stelle, wünscht mit einem Fräulein, 34—38 J., Witwe nicht ausgeschl., zwecks
späterer Heirat
in briefl. Verkehr zu treten. Etwas Vermögen erwünscht. Zuschr. mit Bild unt. E. Z. 135 an d. Geschäftsst. d. Bl. S111

Vermischtes.

Verloren
ein **Brücken- u. Ortsausweis** lautet auf Maria Wollstorm, abzugeben geg. Belohn. b. H. Schmalzer, 1521a

Verloren
Weiße Armbinde Nr. 219.
Abzugeben gegen Belohnung 1545a
B 5, 8, 2 Tr.

Verloren:
Brauner Herrenpelzkragen
Donnerstag abend nach 8 Uhr K 3 beim Aufsteigen zur Elektrischen. Abzug. g. d. Bel. L 14, 11, 2. St. 1527a

Wer tauscht
3-Zimmerwohnung
gegen schöne billige 1514a
2-Zimmerwohnung
ein? Angeb. unt. D. S. 68 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ziegen
können eingestellt, auch gepflegt werden. **S 4, 1.** 1506a